



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
110 (1900)**

48 (29.1.1900) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-81508](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-81508)

General-Anzeiger



Telegraphen-Adresse:
"Journal Mannheim."
In der Postliste eingetragen unter
Nr. 2958.
Abonnement:
60 Pfg. monatlich.
Eingeladen 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Postauf-
schlag M. 2.30 pro Quartal.
Inserate:
Die Colonel-Zeile 20 Pfg.
Die Reklamen-Zeile 60 Pfg.
Einzel-Annunzier 3 Pfg.
Doppel-Annunzier 5 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Mannheimer Journal.

(110. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2

Verantwortlich für Inhalt:
Dr. Paul Darnb.
für Theater, Kunst u. Belletristik:
Dr. Friedrich Walter.
Mit der Lokalität sind verbunden:
Ernst Müller.
für den Anzeigenteil:
Karl Wolf.
Kontaktdruck und Verlag der
Dr. P. Gass'schen Buch-
druckerei, (alte Mannheimer
Typographie Kallst.)
(Das "Mannheimer Journal"
ist Eigentum des katholischen
Bürgervereins.)
Königlich in Mannheim.

Nr. 48 (Abendblatt)

Montag, 29. Januar 1900.

(Telephon Nr. 218.)

Das englische Parlament

trifft morgen wieder zusammen. Unter so trüben Zeichen wie diesmal hat es lange nicht mehr getagt. Die Regierung hatte wohl gehofft, vorher noch mit einer Siegesnachricht aufwarten zu können. Statt dessen ist die Lage auf dem Kriegsschauplatz, durch Warrens Rückzug auf die Südseite des Tugela, geradezu trostlos geworden. Wenn man nicht Frieden schließen will, was soll dann werden? Die Buren sind ja so freundlich — sie selbst werden am besten wissen warum — nicht angriffsweise gegen die Engländer vorzugehen und ihnen dadurch völlig zerschmetternde Niederlagen zu ersparen. Vielleicht lassen sie ihnen also auch die Zeit, ihr zerklüftetes Heer zu organisieren und einen ganz neuen Feldzug zu beginnen. Das würde nach Kitchener's Schätzung mindestens ein Jahr dauern. Kann sich England auf eine so lange Frist binden, ohne seine Weltmachtstellung zu gefährden? Das ist die wichtige Frage, die das Parlament zu beantworten haben wird, die Bewilligung eines neuen Kriegskredits von 400 Millionen Mark oder mehr tritt dagegen in den Hintergrund. Die Weltlage sieht nicht darnach aus, als würde England Ruhe haben, in aller Ruhe und Bequemlichkeit seine Fehler auszubessern. Zu dem russischen Vorstoß gegen Afghanistan sind bereits innere Unruhen in China getreten, die Englands thätige Teilnahme im höchsten Grade erfordern. Was für Verwickelungen können binnen Jahresfrist nicht noch hinzutreten! Es handelt sich für England also darum, ob es seine Weltstellung an all den Punkten, wo sie bedroht ist und bedroht werden kann, verteidigen und nebenher noch den Transvaalkrieg führen will. Es ist kaum anzunehmen, das Parlament werde auf diese folgenschwere Frage alsbald mit einem klaren Ja oder Nein antworten. Man wird wohl zunächst eine Weile so fortwägen. Damit wird man freilich der Kritik Thür und Thor öffnen, der die Regierung kürzlich noch einen besonders ergiebigen Stoff geliefert hat, indem sie die eingelaufenen Gefechtsberichte der Generale endlich veröffentlichte. Denn darin sehen recht erbärmliche Dinge. White schreibt, er habe Glencoe und Dundee aufgeben und seine Streitkräfte gleich Anfangs um Labysmith zusammenziehen wollen, was jedenfalls das Richtige gewesen wäre. Der Gouverneur von Natal habe ihn aber aus politischen Rücksichten gedrängt, jene verlorenen Posten zu verteidigen, was dann mit schweren Verlusten erfolglos versucht wurde. Damit ist Balfours pompöse Behauptung zugenügt, Niemand habe je versucht, den Generalen ins Handwerg zu pfuschen. Buller leistet sich unter'm 28. Dezember in voller Gemütsruhe den Satz: „Ich nehme an, unsere Offiziere werden mit der Zeit den Wert des Aufklärungsbediensteten erkennen, aber bisher scheint unsere Mannschaft jedenfalls blind mitten in den Feind zu laufen und diesem Vorgehen entsprechende Verluste zu erleiden.“ Dazu bemerkt die „Times“ in ihrem Zorn, nicht eben mit Unrecht: „Das ist eine Bemerkung, die allenfalls ein fremder Militär-Attache bei den Manövern schreiben könnte, daß aber der britische Oberkommandant sie so beiläufig hinwirft, und obendrein zwei Wochen nach Verlust unserer Kanonen bei Colenso, das ist mehr als erstaunlich.“ Lord Methuen sagt in seinem Berichte an einer Stelle ganz vergnügt, er sei froh verwundet worden zu sein, denn „nur so“ habe er sehen können, wie vorzüglich der Spitaldienst sei! Die Opposition wird

nicht verfehlen, den Balfour, Chamberlain und Landsdown diese und noch andere Dinge recht eindringlich zu Gemüte zu führen. Vielleicht werden auch ein paar Sündenböcke geschlachtet; ob aber die Zeit für ein Cabinet Rosebery schon reif ist, wie manche meinen, ist zweifelhaft.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 29. Januar.

Zur Wahlreform in Baden

hat die nationalliberale Fraktion des Landtags, wie wir im Mitteilungsblatt aus Karlsruhe berichteten, Stellung genommen. Falls diese Mitteilung, von übrigens zuverlässiger Seite, sich bestätigt, würde die Fraktion empfehlen, zu 63 nach allgemeinem, gleichem und direktem Verfahren gewählten Abgeordneten noch 7 hinzuzufügen, die von fünf Bürgerausschüssen gewählt werden sollen. Wir können nicht behaupten, daß wir von dieser Lösung gerade entzückt wären. Wir sehen bei politischen Maßnahmen gern die Gründe, die sie als notwendig, nützlich, oder doch empfehlenswert erscheinen lassen. Wir können es verstehen, warum die Regierung von 75 Abgeordneten ein Drittel auf indirektem Wege wählen lassen. Ist's auch nicht gerade notwendig, so ist's doch unter Umständen nützlich — für die Regierung. Welche politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Erwägungen aber dazu führen, von 70 Abgeordneten gerade 7 für die indirekte Wahl auszuheben, vermögen wir nicht einzusehen. Verfiel man auf die 7 etwa, weil sie von altersher eine heilige Zahl ist? Leider ist dem modernen Menschen so wenig mehr heilig! Und das Heil gegen die Gleichmacherei des direkten Wahlrechts sucht der moderne Politiker nicht mehr in Wahlarithmetik und Wahlkreisgeometrie; solchen Anschauungen huldigt man nur mehr im dunkelsten Deutschland, das der Verehrung Johannes von Miquels untersteht. Anderwärts erörtert man längst Verhältnißwahl und Mehrstimmrecht und Wahlpflicht, als organische Fortbildungen des Wahlrechtes im Sinne der verhängenden Forderung, man solle die Stimmen nicht nur zählen, sondern auch wägen. So ist für die Wahlpflicht, die wir als die nächstliegende und notwendigste Ergänzung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes bezeichnen hatten, mit besonderem Nachdruck kürzlich auch die „Heidelberger Zeitung“ eingetreten. Hoffentlich wächelt der Kreis Dezer, die diese gerade für das Bürgerthum so bedeutsame Forderung aufnehmen. Denn darüber läßt sich doch mit Gründen und Gegenständen streiten; an die wohlthätigen Wirkungen der Anwesenheit von 7 Jurdirekten unter 63 Direkten kann man nur glauben. Ob die Wähler des Gedanken oder selbst daran glauben? Der Gedanke hat nämlich eine verhängliche Nebenwirkung mit dem Vermittlungsvorschlage der norddeutschen Nationalliberalen zur Zuchthausvorlage; zu einer Regierungsvorlage darf man doch nicht ganz rein sagen! Was freilich die unangenehme Folge hat, daß man auf vollständige Forderungen nur selten ganz Ja sagen kann. Hat denn aber die nationalliberale Partei im Norden und Süden wirklich nur noch den Verzug, aus unpopulären Regierungsvorlagen sogenannte „berechtigte Kerne“ herauszuschälen?

Das Gerücht der Senatwahlen

in Frankreich wird erst dann genauer zu würdigen sein, wenn die Verschiebungen im Bestände der Parteien im Einzelnen bekannt

sind. Wie immer nach einer Wahlschlacht, schreiben sich beide Gegner den Sieg zu. Im großen Ganzen wird man dem Figaro Recht geben müssen, daß sich nicht viel geändert habe, besonders wenn man bedenkt, daß nur ein Drittel der Senatoren zur Neuwahl stand. Doch ist ein örtlicher Erfolg der Nationalisten nicht wegzuleugnen, der sich am Deutlichsten in der Wahl des Generals Mercier kundgibt. Ueber den Empfang, der ihm in Nantes geworden, lauten die Berichte widersprechend. Nach den einen ist des Jubels und der Verehrung für den wackeren Soldaten und Patrioten kein Ende, während er nach den anderen im Laufe des Banketts, das ihm zu Ehren veranstaltet war, Rufe wie „Conspuez Mercier“ und „Nieder mit dem Soldatenmörder!“ zu hören bekam. Das Letztere wird wohl richtiger sein, da zwei feindliche Schaaften, die vor dem Bankettsaale gelärmt hatten, ins Handgemenge gerieten und durch Gendarmenpatrouillen getrennt werden mußten. Auch von konservativer Seite wird übrigens gegen die Wahl Mercier's Protest erhoben, nämlich durch ein Rundschreiben des katholischen Komitees für die Verteidigung des Rechts, worin ausgeführt wird, General Mercier habe sich so schwere Verbrechen im Amte zu Schulden kommen lassen, daß seine gerichtliche Verfolgung von der Regierung beantragt wurde. Da dieser Handel noch nicht erledigt sei, schließt der Mahner, so dürfe der Kandidat nicht die Voire-Insénierte im Senat vertreten. Das wird er nun aber doch thun, und darin liegt ein Beweis, daß die Gegenätze des Dreyfus-Handels keineswegs ausgeräuchert, sondern nur vorübergehend bei Seite gesetzt sind. Befehlt ist Niemand, das jetzt Mercier's Wahl klipp und klar, und nach der Ausfertigung kann der verhängnisvolle Tanz wieder losgehen.

Hohenlohes Mehrheit.

(Original-Bericht des „General-Anzeigers“.)

Berlin, 27. Jan.

In den Parlamenten sind wieder einmal stille Tage. Der agrarische Born ist nicht etwa verdraucht; aber er hat sich doch unterschiedliche Male gründlich ausgetobt und dem Bedürfnis nach gelegentlichen kleinen Mißfallsbezeugungen genügen schon die Debatten, die man zur Zeit mit Liebe und Ausdauer zum Etat des preussischen Landwirtschaftsministeriums pflegt. Der Reichstag aber ist verdröckel. Der „große Tag“ der Interpellation, zu dem man mit Pauken und Trompeten rief, huschte vorüber wie ein verunglücktes Schattenspiel; dann fuhr die Mehrzahl heim und überließ es dem Häuflein Berufsparlamentarier und beschäftigungsloser Rentner sich im engen Kreise nach Belieben über die Reform der Unfallversicherung und die weit schwierigere der öffentlichen Sittlichkeit auszusprechen, die die loxolänge verheißt, aber sicher nie bringen wird. Wer will, mag in diesen stillen Tagen verschmausen; lange darf die Kost ja doch nicht währen; mitten- inne in die müde Werttagstimmung schiebt sich schon die große Frage der Zukunft: was wird mit der Klotzendorlage? Ja, was wird mit ihr? Fürst Hohenlohe hat in einem der formlich ernsthaften Entschuldigungsschreiben, durch die er den Konservativen in der „Berl. Corresp.“ zu Gemüthe führen läßt, daß er im Grunde ein seelensguter Kerl sei und sie ihn schmähtlich mißverstünden, legte ihm „mit Befriedigung“ die Thatsachen vorzuehen, daß „den Angriffen auf seine Politik die Zustimmung der Mehrheit verweigert blieb“. Das ist richtig. Dieser selbe Fürst

Die Vorgeschichte des neuesten Staatsstreiks in China.

Das Geheimniß der „purpurnen verbotenen Stadt“ von Peking, der Residenz des chinesischen Kaisers, ist noch immer nicht gelüftet. Aus den Depechen geht mit aller Bestimmtheit hervor, daß der Kaiser Kwangsu zum Rücktritt gezwungen worden ist, daß dieser am Neujahrstage vollzogen werden soll, und daß nach dem Willen der Kaiserin-Regentin der Prinz Pu-sing, ein Sohn des Prinzen Tuan, den Thron besteigen wird. Andere aus Shanghai eingelaufene Nachrichten melden aber, daß Kaiser Kwangsu tod sei, ein Opfer eines mörderischen Mordanschlags, dem eine Palastrevolution vorausging; eine andere Version berichtet von einem Selbstmorde des nominellen Alleinherrschers über 400 Mill. Menschen. Es wird wohl noch einige Zeit verstreichen, ehe man Authentisches über Tod oder Leben Kwangsu's erfährt. Von den Details der jüngsten Vorgänge in der Peking'schen Kaiserstadt wird wohl nie der Schreiber vollständig fortgezogen werden; das Eine ist nur sicher, daß sich gegenwärtig China in einer schweren Krisis befindet, eine jener geheimnißvollen Palastintrigen durchzumachen hat, die in den letzten Jahren so häufig waren und in denen die hohen inneren und äußeren Politik sich beinahe unentwärtbar verwickeln.

Man muß, schreibt das „N. Wiener Tagebl.“, ziemlich weit zurückgreifen in der Geschichte Chinas, um die letzten Vorgänge einigermaßen zu verstehen. Als im Sommer des Jahres 1861 Frankreich und England bereit den ersten großen Schlag gegen die Chinesen führten und die plündernden Truppen des späteren Herzogs von Palao in die kaiserliche Residenz eindrangen, floh der Kaiser Hien-sung in das Innere seines Reiches; er starb am 22. August mit Hinterlassung der kinderlosen Kaiserin-Wittve und einer Nebenfrau, welche ihm einen Sohn geschenkt hatte, den der sterbende Monarch zu seinem Thronfolger bestimmte. Unter dem Namen Tschuan-tschih wurde das Kind zum Kaiser proklamiert, während die Kaiserin-Wittve, ferner seine Mutter, zwei Prinzen und ein Mandarin die Regentschaft übernahmen. Geführt von ihrem Schwager Prinzen Kung, einem Verehrer

ihrer Schönheit und ihres Geistes, verstand es die Kaiserin-Mutter Tschuh-tschih während der Regentschaftzeit alle Macht an sich zu reißen und diese heute 65jährige Frau ist, wie Kenner Ostasiens berichten, noch immer der „einzige Mann in China“.

Romantisches Dunkel herrscht über der Jugendgeschichte dieser Frau, die seit nun nahezu 40 Jahren sich in ihrer Wächterstellung zu behaupten verstanden hat. Es wird erzählt — doch ist eine Kontrolle dieser Erzählungen sehr schwer möglich — daß Tschuh-tschih am 17. Nov. 1834 in einem kleinen Dorfe der Provinz Kwantung als Tochter eines armen Feldbauers geboren wurde und schon nach der bekannnten chinesischen Sitte als überflüssige Last erkannt werden sollte, als sich eine mittelbare Nachbarin des Kindes erbarmte. Auch die Adoptiveltern verfielen in Armut und verkauften das Kind als Skavin an einen hohen Regierungsbeamten. Das damals neunjährige Mädchen gefiel dem Statthalter der Provinz und er erkaufte es als Dienerin für seine Frau, die dem schönen, anmuthigen und großzügigen Kinde eine sorgfältige Erziehung angedeihen ließ. Vom Vierzehnten später an den Peking'schen Hof gebracht, wurde die schöne Tschuh-tschih vom Kaiser zur Nebengemahlin ertoren und sie wußte bald die volle Gunst des Herrschers zu erlangen. Als ihr Sohn, der Kaiser Tschuan-tschih großjährig geworden war, war der Einfluß seiner Mutter kein geringerer, als während der Regentschaft. Der junge Kaiser ergab sich den ärgsten Ausschweifungen und starb am 12. Januar 1875. Seine Mutter arrangierte in der nächsten Nacht einen Staatsstreik, durch den der erst vierjährige Kwangsu zum Kaiser erhoben wurde. Der älteste Sohn des Prinzen Kung war der berechtigte Thronerbe. Aber der Tod des Kaisers wurde durch mehrere Stunden gefangenhalten. Kaiserin Tschuh-tschih ließ den kleinen Kwangsu, den Sohn einer ihrer Schwestern und eines Prinzen vierten Ranges, nachts heimlich aus dem Bette holen und in das Bett des eben verstorbenen Kaisers legen, rief die ihr ergebenen Garden und Mandarinen zusammen und ließ dem Kinde huldigen. Am nächsten Morgen gab die Staatszeitung den Tod des Kaisers bekannt, mit dem Hinzufügen, er habe auf dem Leihbette Kwangsu als seinen Nachfolger bestimmt. Tschuh-tschih, die Wittve des verstorbenen Kaisers, deren Zustand vielleicht einen Thronerben erwarten ließ, starb kurz darauf, wie man behauptet, vergiftet.

Zwischen dem Prinzen Kung und der Kaiserin-Regentin entstand nun eine begreifliche Spannung, die ihren äußeren Ausdruck darin fand, daß der Vizekönig der Provinz Tschih, der bekannte Li-hung-shang, der erste Berater der Kaiserin-Mutter wurde. Dem Schein nach blieb Prinz Kung in Amt und Würde, bis sich im Jahre 1884 ein Anlaß fand, den Jugendfreund und Verschworenen der Regentin ungeschädlich zu machen.

Während nun Tschuh-tschih mit eiserner Hand die Fäden der Regentschaft führte — sie hatte bei ihren beiden bisherigen Staatsstreichen und auch während der beiden Regentschaften ausgeübten Gebrauchs von Hinrichtungen gemacht — wurde eifrig an der Erziehung des jugendlichen Kaisers gearbeitet. Das astronomische Amt hatte den 14. Mai 1876 als den glücklichsten Tag für den Beginn des Unterrichts festgesetzt, und an diesem Tage erschien der kleine Kwangsu — so berichtet der bekannte Reisechriftsteller Ernst von Hesse-Warlegg — von seinem Vater geführt, zum ersten Male im Schulzimmer, wo ihn die gelehrten Männer, die bestimmt waren, ihm „angemessene und zweckmäßige Lehren“ zu erteilen, auf den Knien, Gebete murmelnd, erwarteten. Kwangsu überreichte ihnen ein Handschreiben, worin er sie bat, ihn in der Weisheit zu unterrichten; damit begann die Studienzeit des Kaisers, die ohne Unterbrechung bis zu seiner Verheiratung, das heißt bis zu seinem 15. Lebensjahre, dauerte.

Wie Alles im Leben des Beherrschers Chinas, so ist auch das Erziehungsprogramm für ihn auf das minutiöseste festgesetzt. Schon zwischen 3 und 4 Uhr Morgens beginnen die Lektionen in chinesischer Sprache und Literatur, dann folgen mandchurische und mongolische Stunden. Ferner Unterricht in verschiedenen chinesischen Dialekten, Reiten, Turnen, Fechten, Vogelzucht. Nur kurze Unterbrechungen sind für die Mahlzeiten vorgesehen und mit Sonnenuntergang muß der kaiserliche Knabe ins Bett, um am nächsten Tage wieder dasselbe Studienprogramm zu befolgen. Wie an den europäischen Höfen einer vergangenen Zeit, so ist auch am chinesischen Hof die Institution eines Prügelknaben vorhanden; der „Galauchse“ — so heißt in Peking der kaiserliche Prügelknabe — muß alle die Fassen und Stockschläge auf sich nehmen, die eventuell dem kaiserlichen Bögling für schlechte Ausführung oder mangelhaften Fleiß von seinem Lehrer diktirt werden

Der Burenkrieg.

* Lissabon, 29. Jan. Die in Pariser Blättern ver-
breitete Nachricht, Truppen der südafrikanischen Res-
publik seien die Grenzen der portugiesischen Colonie
Mozambique überschritten, ist nach hiesigen amtlichen Mit-
theilungen vollständig erfunden.

* London, 28. Jan. Die Depesche des Generals
Buller vom 27. ds. lautet ausführlicher wie folgt: Am
20. Januar trieb General Warren den Feind zurück und be-
setzte den südlichen Stamm des Tafellandes, das sich von Klion
Homes nach den westlich von Ladysmith liegenden Hügeln
ausdehnt. Er blieb in enger Fühlung mit dem Feinde, der auf
einem Zuge kleiner Kessels eine starke Stellung einnahm. Die
Stellung Warrens war durchaus zu halten, aber sie eignete sich
nicht zum weiteren Vormarsch, da die südlichen Abhänge zu steil
sind; ferner konnte Warren für seine Kavallerie keine wirksame
Stellung gewinnen, und es fehlte an Wasser. Nur schwer ent-
schloß ich mich, am 23. d. meine Zustimmung dazu zu geben, daß
ein Angriff auf den Spionstop gemacht wurde, der offenbar der
Schlüssel der Stellung der Buren ist, der aber vom
Nordosten her zugänglich ist als von Süden. Warren bemächtigte
sich Dienstag Nacht des Spionstop, fand es aber schwierig, sich
zu halten, da der Umkreis des Spionstop zu groß ist. Die
Gipfel des Höhenzuges wurden dann den ganzen Tag über ge-
halten gegenüber einem heftigen Granatfeuer des Feindes. Unsere
Mannschaften kämpften mit großer Tapferkeit. General Wood-
gate, der die Truppen auf dem Spionstop befehligte, wurde
verwundet. Der nach ihm den Befehl übernehmende Offizier be-
schloß in der Nacht zum 25. ds., die Stellung aufzugeben, und
zog die Truppen vor Tagesanbruch zurück. Ich erreichte das
Lager Warrens am Morgen des 25. früh 5 Uhr und kam zu der
Ansicht, daß ein zweiter Angriff nutzlos wäre, denn der rechte
Flügel der Buren war zu stark, um von uns forcirt zu werden.
Ich beschloß demnach die Truppen südlich des Tugela zurückzu-
ziehen. Die Streitkräfte Warrens waren am 27. d. 8 Uhr
Morgens südlich des Tugela ohne Verlust auch nur eines Mannes
oder eines Pfundes unserer Vorräthe zusammengezogen. Die
Thatfache, daß die Truppen so zurückgezogen werden konnten,
und die vortreffliche Art, wie sich unsere Truppen schlugen, ist
ein genügender Beweis von ihrer guten Haltung, und daß wir
ferner mit unserem schwerfälligen Train unbelästigt über den
Fluß gehen konnten, beweist, daß dem Feinde vor der Kriegs-
lichtigkeit unserer Soldaten Respekt beigebracht ist. (Zweck des
Krieges ist aber die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte. Nur
um dem Feinde „Respekt“ beizubringen, läßt man doch nicht
Tausende von Menschen todt und zu Krüppeln schießen. Buller's
selbstbewußte Meldung steht auf derselben Höhe wie sein Tages-
befehl „Es gibt kein zurück.“ D. N.)

* London, 29. Jan. Die „Times“ schreibt: General
Robert's müsse entscheiden, ob es möglich und klug sei,
weitere Versuche zur Befreiung von Ladys-
mith zu unternehmen. Es sei wahrscheinlich, daß man früher
oder später von einer beispiellosen Katastrophe
erfahren werde, vergleichbar mit der Katastrophe der Ubergabe
von Yorktown an die Amerikaner. Die „Times“ rath der Re-
gierung, für möglichst beschleunigte Absendung von 50 000 Mann
Sorge zu tragen und Schritte zu thun, weitere 30 000 Mann,
die erforderlich seien, zu entsenden. „Morning Post“ sagt, die
ersten Erfordernisse der jetzigen Lage seien die sofortige Instand-
setzung der Marine für alle Fälle, die Mobilisirung der Miliz
und die Einberufung der Freiwilligen. Die Nation verlasse sich
beständig der Verhinderung einer Intervention von Rußen auf
die Marine. Die „Times“ meldet aus Lourenço Mar-
ques vom 25. d. Mtz.: Die meisten Mitglieder der A m d u l a n z
und die meisten Militärspersonen, welche mit der „Gironda“
hier eintrafen, setzten ihre Reise nach Transvaal fort.
Ungefähr 80 weitere Ausländer, welche nach Transvaal reisen,
werden mit dem nächsten ankommenden Schiffe erwartet.

Deutscher Reichstag.

(137. Sitzung vom 29. Januar.)

Am Bundesrathliche die Staatssekretäre Tschelmann und
Pobdielewsky.
Präsident Graf Ballessem theilt ein Danktelegramm der
Kaiserin wegen Antheilnahme des Hauses beim Hinscheiden der
Herzogin-Mutter mit. Auch vom Kaiser sei aus dem gleichen Anlaß
ein Danktelegramm eingegangen. Das Haus beginnt die zweite Be-
rathung des Postetats mit dem Einführungsgezet zum Post-
schenverkehr.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei. Andererseits sprächen
erhebliche Bedenken aus der Organisation dagegen. Die Genossen-
schaften brauchen auf dem Prinzip der Zahlung aus Vertheilungen in
Form der Postschlechter wird zwar den Verkehr erleichtern, aber die
Genossenschaften schädigen. Ein vornehmtes Beispiel sei Oesterreich.
Der Schiedsrichter werde den mittleren Genereitenden schwächen und
indirekt die Baarmittel der Reichsbank vermehren.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu. Ich
müß sagen, der Vater dieses Kindes bin ich persönlich und zwar auf
Grund meiner Beobachtungen, sowohl des wirtschaftlichen Lebens
Deutschlands als auch der Reichspostverwaltung. In Deutschland
kursten 6-7 Milliarden in Postanweisungen und dies zeigt die
Nothwendigkeit, den Ueberverkehr einzuführen, durch den auch die
Gefahr der Verunstaltung geringer wird. Unsere Währung muß
so viel als möglich umgelegt werden. Wollen Sie einen billigen
Ans haben, so müssen wir die Baarmittel der Bank vermehren.
Der Postschlechter wird nicht nur dem Reich, sondern Jedermann
zu Gute kommen. Er selbst strebe in der Genossenschaftsbewegung
und lenne sie sehr genau. Er könne die Bedenken des Vorredners
nicht theilen. Wir erstreben eine Veredelung des Geldverkehrs in
Deutschland. Auf dem wirtschaftlichen Gebiete ist es das Beste,
zunächst einige Jahre zu probiren.

S. o. m. p. (Reichspartei) drückt seine Ermuthung darüber aus,
daß der Postschlechter nicht gleich gefällig geregelt werden solle.
In Oesterreich sei die Vergütung viel höher. Es läme darauf an, den
richtigen Zinsfuß zu finden, und nach den Bedürfnissen des Geldmarktes
zu reguliren. Bei diesem System sei nicht zu empfinden, die Fälligkeitster-
mine der Reichs- und Staatsanleihen zu verlegen, damit die Geld-
ströme am Quartalsbersten verringert werden. Die Kreise, welche Geld
in den Sparsachen anlegen, seien ganz andere als die, welchen der
Schiedsrichter zu Gute komme. Für den kleinen gewerblichen Verkehr
werde der letztere kaum in Betracht kommen, da man für 20 A eine
Postanweisung bis 100 A verwenden könne. Die Gebührensätze er-
schienen zu hoch. Es gebe eine wahre Spielserie von Gebühren.
Redner beantragt, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern
zu überweisen.

Staatssekretär v. Pobdielewsky meint, es würde inderordent-
lich schwer sein, den niedrigen Satz später zu erhöhen, deshalb sei, so
lange der Schiedsrichter im Stadium des Versuches sich befindet, ein hoher
Satz vorgeschlagen. Das Streben gehe dahin, Ruße in den Geldmarkt

zu bringen. Nur die Praxis könne erkennen lassen, was nothwendig
für die Interessen des Landes sei.

S. i. n. g. e. r. (Woz.) bezweifelt, daß nur ideale Gründe für die
Reichspostverwaltung maßgebend seien. Die hohen Gebühren würden
die kleinen Leute von der Benutzung zurückschrecken die Einrichtung sel-
ten zu complicirt und bureaukratisch.

Mannheimer Handelsblatt.

Ludwigshafen a. Rh., 29. Jan. Die Betriebsrechnung der
Pfälzischen Eisenbahnen für das Jahr 1899 schließt ab mit einem
Ueberschuß von M. 1759 440. Derselbe ist um rund M. 754 000 nie-
driger als derjenige des Vorjahres, nachdem einer Mehreinnahme
gegen das Jahr 1898 von M. 835 000 eine Mehrausgabe für Ge-
halte, Arbeiterlöhne, Frachgelde und Vergütung und Amortisation
von M. 1 225 000 gegenübersteht. Nach Abzug der vertragmäßig
dem Staate zukommenden Zinsrückstellungen und Zugunstenanteile
läm eine Superdividende von 1 1/2 % zur Vertheilung an die
Actionäre gelangen und wird demnach der Gesamtbezug der
Pfälzischen Eisenbahnactien pro 1899 für die Ludwigsbahn 10 1/2 %
für die Maginiliansbahn 7 und für die Nordbahnen 8 1/2 % be-
tragen.

Table with multiple columns listing market prices for various goods like wheat, oil, and other commodities. Includes sub-headers like 'Weizen pfd.', 'Korn', 'Voggen', etc.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

W. v. S. (Kaiserlautner) meint, das Bedürfnis für den Post-
schenverkehr sei jetzt wenig vorhanden, da durch die Sparsachen überall
reichlich Gelegenheit zum Sparen gegeben sei.

Staatssekretär v. Pobdielewsky: Die Beforgnis, daß die Baar-
mittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.)

* Berlin, 29. Jan. Der „Germania“ zufolge trat
in dem Beirathen des Dr. Lieber gestern eine entscheidende
Besserung ein, welche heute Fortschritte machte.

* Berlin, 28. Jan. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“
schreibt: Da mit Rücksicht auf die am königlichen Hof herrschende
tiefe Trauer jede persönliche Beglückwünschung des Kaisers zu
seinem Geburtstag ausgeschlossen war, hat der Reichstag
seiner schriftlich seine Glückwünsche übermitteln. Der Kaiser
dankte umgehend mit den huldvollsten Worten und gab dabei
gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß auch im neuen Lebens-
jahre ihm die treue Mitarbeit des Fürsten zum Heile des Vater-
landes in ungeschwächter Kraft erhalten bleibe.

* Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Zum
Präsidenten des Einigungsamtes in D. Strau
wurde der Reichspräsidentabgeordnete Eibert ernannt.

* Wien, 29. Jan. Der „Sonn- und Montagszeitung“
zufolge, fanden gestern im Laufe des Tages in Prag Kund-
gebungen zu Gunsten der Wiederwahl des Bürger-
meisters Pödlinger statt.

* Prag, 29. Jan. Das jugoslawische Exekutiv-
komitee hält es für richtig, wenn die beabsichtigte Conferenz
zur Regelung der Verhältnisse in Oesterreich führen sollte, so
müßte man aus den Sprachverhältnissen Schlesiens
und der anderen Länder Oesterreichs geordnet
werden. Die tschechischen Delegirten werden in diesem
Sinne wirken. Das Exekutivkomitee beantragt, die Confer-
renz zu besch. Es wurde eine Kommission zur Er-
wägung der Sch. und anderen Forderungen gewählt.
Die Lage in den Auslandsgebieten ist nicht wesentlich
verändert. In Dur sind 1884, in Kuffig 1820 Arb hier em-
lassen worden. Die Lohnauszahlung en verlesen ruhig. In
Kommatan ist die Lage besser. Die nächste Sitzung des
Einigungsamtes in Klado vorkies erg. hniß. Die
Genossenschaftler erklärten, mit den Arbeitern, so lange diese im
Auslande seien, nicht zu verhandeln. In Pilsen blieben die
Gewerkschafter den Forderungen des Einigungsamtes fern.

* Paris, 29. Jan. Die Hamburg-Amerika-
Linie hat für die Dauer der Weltausstellung in
Paris die beiden Hotels du Palais und Columbia, deren Zimmer
den mit den Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie zum Besuche
der Weltausstellung nach Europa kommenden Reisenden ohne
Preisauflage zur Verfügung gestellt werden sollen.

* Paris, 28. Jan. Senatswahlen. Die Zahl der
erforderlichen Stichwahlen beträgt 27. Die Lage ist augen-
blicklich folgende: Die Zahl der Siege der Republikaner aller
Schattirungen ist dieselbe geblieben. 4 auscheidende Konser-
vative wurden wiedergewählt. Der einzige gewählte National-
ist ist General Mercier.

* Le Mans, 28. Jan. In einer auf die Senatoren-
wahl im Sarthe-Departement folgenden Versammlung betonten
Cailan und Destournelles die Wichtigkeit der Niederlage,
welche der Nationalismus in der Person Cavagnac,
der die unterlegene Liste desselben patronisirt hatte, erlitten
hat. Am Schluß der Versammlung überfandte Cavagnac dem
Präsidenten des Generataths seine Demission.

* London, 29. Jan. Die „Times“ meldet aus
Sanghai vom 28. ds.: Eine einheimische Gesellschaft,
welche offenkundig die Fortschrittspartei in Schansi und anderen
Provinzen vertritt, sucht durch die Willkürsellschaften und
auf anderen Wegen die Unterstützung der englischen Regierung
zu Gunsten des Kaisers Kwangju zu erlangen. Die Bewegung
ist politisch bedeutungslos, aber die einheimischen Christen sind
offenbar beunruhigt. Der hiesige Direktor der Telegraphen-
verwaltung erhielt von Peking Befehl, die Beförderung der
Petitionen bezügl. der Abdankung des Kaisers abzulehnen.

* Petersburg, 29. Jan. Die „Nowosti“ messen dem
Thronwechsel in China nur wenig Bedeutung zu, da
es sich nur um die Abdöpfung eines Schaltenkaisers handle.
China könne jetzt mehr denn jemals als geographischer Begriff
betrachtet werden, wie etwa jene afrikanischen Staaten, die all-
mählich Gegenstand europäischer Kolonisation geworden sind.
China werde dasselbe Schicksal haben, wie die Staaten der alten
Geschichte, die Dynastie werde noch lange bestehen, der Staat
selbst aber könne nicht vor früherem Gestalt restaurirt werden.
Der unvermeidliche Akt der Auftheilung werde sich auf friedlichem
Wege vollziehen. In welcher Form er sich vollziehen werde, sei
eine Frage der vielleicht sehr fernen Zukunft. Die „Kossija“
schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die
Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe. Es
sei unrichtig zu behaupten, Rußland habe bei dem Thronwechsel
die Hand mit im Spiele gehabt. Ein russisch-japani-
sches Bündniß sei nur eine Frage der Zeit und eine un-
abweisbare Kombination. Wichtig sei, daß die Kräfte des
Staates sich nicht in den Händen der Engländer, Deutschen oder
Nordamerikaner befänden.

Schiffahrts-Nachrichten.

Mannheimer Hafen-Verkehr vom 29. Januar.

Table with columns for ship names, destinations, and dates. Includes sub-headers like 'Schiff', 'Hafen', 'Abgang', etc.

Ueberseische Schiffahrts-Nachrichten.

New-York, 28. Januar. (Drahtbericht der Amerikan Linie
Southampton). Schiffsdampfer „St. Louis“, am 29. Januar von South-
ampton abgefahren, ist heute hier angekommen.
Philadelphia, 27. Januar. (Drahtbericht der Red-Star-Linie
Antwerpen). Der Dampfer „Rederland“, am 11. Januar ab Ant-
werpen, ist heute wohlbehalten hier eingetroffen.
Mitgetheilt durch die General-Direktor G. und L. a. B. a. r. e. n.
Hau Nachfolger in Mannheim, R. 4, 7

Siegfr. Rosenhain, Juwelier, C 1, 5, Breitestrassen
empfehl. sich im Modernisiren, Umfassen von Brillen,
Stagen und Berechnungen gratis, gewissenhafte Ausführung. 41099

